

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912**

30.3.1912 (No. 89)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 89

Samstag, den 30. März 1912

155. Jahrgang

Expedition:  
Rath Friedrich-Str. 14 (Fernsprech-  
anschluß Nr. 154), wochentags von 8 bis 12  
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;  
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.  
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte  
werden nicht zurückgegeben und es wird keine  
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung  
übernommen.

**Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“,  
Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden“,  
für das**

**II. Quartal 1912**

**nimmt jede Postanstalt entgegen.**

**Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.**

### Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog  
haben sich unter dem 20. März 1912 gnädigst bewogen  
gefunden, dem Rottenführer Georg Brandmeier  
in Grünfeld die silberne Verdienstmedaille zu ver-  
leihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog  
haben sich unter dem 21. März 1912 gnädigst bewogen  
gefunden, dem Marstalldiener August Luyke in Karls-  
ruhe die große goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog  
haben unter dem 20. März 1912 gnädigst geruht, dem or-  
dentlichen Professor der Ingenieurwissenschaft an der  
Technischen Hochschule Karlsruhe Geheimen Oberbau-  
rat Dr. Reinhard Baumwieser den Titel Geheimen Rat  
II. Klasse zu verleihen und ihn unter Anerkennung  
seiner langjährigen, treuen und ausgezeichneten Dienste  
und unter Verleihung als Mitglied des Großen Rats der  
Technischen Hochschule seinem untertänigsten Ansuchen  
entsprechend wegen vorgerückten Alters auf 1. Oktober  
1912 in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog  
haben unter dem 20. März 1912 gnädigst geruht, den Ober-  
stationskontrollleur Zephyrin Schlegel in Markdorf auf  
sein untertänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner  
langjährigen treuen Dienste auf 1. Mai 1912 in den  
Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staats-  
eisenbahnen vom 28. Februar 1912 wurde Eisenbahnsekretär  
Emil Schmitt in Donaueschingen nach Halltingen  
versetzt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staats-  
eisenbahnen vom 5. März 1912 wurde Eisenbahnsekretär  
Karl Lang in Steinbach nach Waldshut versetzt.

#### Gestorben:

Am 13. März 1912 Philipp Kach, evangelischer Pfarrer  
in Regelsbursf.

### Nicht-Amtlicher Teil.

#### Reichstag.

Berlin, 28. März.

Am Bundesratsstische die Staatssekretäre Kühn und  
Kraetke. Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung  
um 10 Uhr 15 Min.

Zunächst werden der Handelsvertrag mit Bulgarien  
und der Notetat ohne Debatte definitiv in dritter Lesung  
angenommen. Sodann wird die Beratung des Postetats  
fortgesetzt. Zunächst wird über die zum Titel „Gehalt des  
Staatssekretärs“ vorliegenden Resolutionen abgestimmt.  
Diese werden angenommen. Bei dem Titel „Oberpost-  
praktikanten und Bureaubeamte“ tritt Abg. Werner-  
Hersfeld (deutsche Resp.) für Besserstellung der Bureau-  
beamten 2. Klasse ein. Es folgt der Titel „Prämierung  
nützlicher Erfindungen auf dem Gebiete des Post- und  
Telegraphenwesens“.

Abg. Dr. Strube (fortf. Bpt.): Von den 8000 M.,  
die für diesen Zweck ausgesetzt sind, ist kaum die Hälfte  
im letzten Jahre verbraucht worden. In dieser Hinsicht  
mag der Staatssekretär nicht zu sparsam sein.

Es folgt der Titel „Oberpostdirektionen“.  
Abg. Kunert (Soz.):  
Die Oberpostdirektion von Halle a. d. S. hat Erhebungen an-  
stellen lassen, wie die einzelnen Beamten bei den Stadtverord-

netenwahlen gewählt haben. Darin liegt ein gemeiner De-  
muntziantentreich gegen die Sozialdemokraten und das stellt  
einen Akt unverschämter Reaktion dar. Wie die Beamten ge-  
stimmt haben geht niemanden etwas an. (Sehr richtig!)  
Auch in Elsaß-Lothringen und anderen Gegenden ist ähnliches  
passiert. (Vizepräsident Dr. Paasche bittet den Redner, nicht  
Erörterungen zu machen, die in die Generaldiskussion gehö-  
ren.) Redner fortf. D.: Durch sein Manifest hat der Reichs-  
kanzler einen unerhörten Druck auf die Postbeamten ausgeübt.  
(Vizepräsident Dr. Paasche: Der Reichskanzler gehört nicht zum  
Titel Gehalt der Postdirektoren.) Redner weiter: Wir  
werden alles tun, die Unabhängigkeit der Beamten zu wahren.  
Unterstaatssekretär v. Granzow:

Zu einer Drucksache des hiesigen Bürgervereins war be-  
hauptet worden, zahlreiche Postbeamte hätten sozialdemokra-  
tisch gewählt. Diesen Vorwurf wollten wir von den Beamten  
nehmen. (Abg. Ledebour ruft: Unverschämtheit sonderglei-  
chen! Lärm. Glocke. Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Abg.  
Ledebour zur Ordnung.) Unterstaatssekretär Granzow: Ist  
damit ein Verbrechen begangen? (Rufe: Jawohl!) Die Direk-  
tion ist eifrig bemüht gewesen, diesen Vorwurf (Zuruf: Ist  
kein Vorwurf!) . . . Es ist aber als Vorwurf aufgefaßt wor-  
den, und es ist meine Pflicht, diesen Vorwurf von den Be-  
amten zu nehmen. Das ist die unverschämte Reaktion, von  
der der Abgeordnete Kunert sprach (Große Unruhe).

Abg. Graf Braschma (Centr.) wünscht weitere Aus-  
dehnung des Brieftelegraphenverkehrs. Staatssekretär  
Kraetke sagt dies zu.

Abg. Dr. Weil (Soz.):  
Die Oberpostdirektion Mey hat am Tage vor der Reichs-  
tagswahl den Beamten einen Nervers vorgelegt, in dem  
bestätigt wird, von dem Bobbelskydsen Erlaß von 1898 Kennt-  
nis erhalten zu haben, indem gegen die Sozialdemokratie  
Front gemacht und auf den Dienstzeit hingewiesen wird (Sehr  
richtig! rechts und im Zentrum). Solche Beamten, die sozial-  
demokratisch wählen, sollen nicht in Dienste gebildet werden  
(Hört, hört!). Es handelt sich um ein unerhörtes und un-  
mögliches Eingreifen in das Wahlrecht der Beamten als Staats-  
bürger. Wir müssen protestieren gegen die Herabsetzung der  
politischen Rechte der Beamten (Sehr gut!).

Staatssekretär Kraetke:  
Eine Verfügung an die Oberpostdirektion Mey ist von mir  
nicht erfolgt. Die dortige Oberpostdirektion hatte auch Kennt-  
nis erhalten von dem sozialdemokratischen Flugblatt: Die  
Postbeamten und die Reichstagswahlen! Da hat sie es für  
nötig erachtet, diesen Erlaß von 1898 den Beamten zur Kennt-  
nis zu bringen. Sie selbst sind also eigentlich die Veranlas-  
sung dieser Maßnahme (Lachen bei den Sozialdemokraten).  
Die Behörden können nicht die Hände in den Schoß legen und  
zusehen, wie die Sozialdemokratie mit Unwahrheiten in den  
Flugblättern arbeitet. Ein Grund zum Einschreiten kann  
nicht erblickt werden.

Abg. Dr. Strube (fortf. Bpt.):  
Die Oberpostdirektionen sollten jeden Eingriff in das Wahl-  
recht der Beamten unterlassen. In Kiel hatten wir vor einigen  
Jahren die gleichen Verhältnisse wie in Weß.

Staatssekretär Kraetke:  
In Weß handelt es sich nicht um Nachforschungen, wie ge-  
wählt ist. Auf Grund der bekannten Flugchrift mußte nur  
der allgemeine Erlaß in Erinnerung gebracht werden.

Abg. Ledebour (Soz.):  
Mit Flugblättern zu arbeiten, ist das gute Recht jeder Par-  
tei. Die Behörden hätten die etwaigen Unrichtigkeiten wider-  
legen müssen. Die Beamten sind auf die Verfassung vereidigt.  
Von Ministerjesseln aber wird dagegen verstohlen (Große Unruhe).  
Präsident Dr. Kaempf: Ich kann nicht zugeben, daß ein sol-  
cher Vorwurf einem Staatssekretär oder einem Minister ge-  
macht wird. Abg. Ledebour (fortf. Bpt.): Die Behörden hät-  
ten handeln sollen wie jeder anständige Mensch (Der Präsident  
rügt diese Redewendung) und es sich nicht verbitten sollen, daß  
den Beamten vorgehalten werde, für diese oder jene Partei  
gestimmt zu haben. Statt dessen läßt sie herumkniffeln, wie  
gewählt ist. Das ist ein direkter Eingriff in das Wahlrecht  
und eine Verletzung der Eidspflicht. Präsident Kaempf ruft  
den Abg. Ledebour zur Ordnung. Abg. Kunert ruft: Der  
Staatssekretär ist ein Rechtsverleuger! Abg. Ledebour (fort-  
f. Bpt.): Alle Parteien ohne Unterschied sollten sich einen sol-  
chen Eingriff verbitten.

Damit schließt die Diskussion. — Beim Titel Oberpost-  
assistenten usw. wird die Resolution der Budgetkommission  
hierzu, jährliche Zulagen von 300 Mark zu gewäh-  
ren, angenommen, ebenso ein Antrag des Abg. Freiherrn  
v. Gamp, diese Zulagen pensionsfähig zu machen. — Es  
folgt der Titel „Post- und Telegraphengehilfen“, dem  
nach einer Bemerkung des Abg. Werner-Hersfeld (Dtsche.  
Rsp.), der sagt, das weibliche Beamtenpersonal habe sich  
nicht voll bewährt, was von anderer Seiten bestritten  
wird, zugestimmt wird. Es folgt der Titel „Gehobene  
Unterbeamte“. Hierzu liegen mehrere Resolutionen der  
Budgetkommission und des Hauses vor, die sich mit den  
Gehältern, den Dienststunden und der Dienstzeit der Unter-  
postbeamten beschäftigen. Nach lebhafter Debatte, in  
der von verschiedenen Seiten für Besserstellung der Unter-  
beamten eingetreten wird, wird dieser Titel, wie auch die  
weiteren, ohne Debatte angenommen.

Es folgt der Titel „Postagenten“. Hierzu liegt eine  
Resolution der Nationalliberalen und Fortschrittler vor  
auf Eröffnung der Errichtung einer Pensionskasse für  
Postagenten. Die Resolution wird angenommen und der  
Titel bewilligt. Bei Titel „Löhne“ für außerhalb des  
Beamtenverhältnisses stehende Personen usw. wünscht  
Abg. Ebert (Soz.) mindestens eine Gleichstellung der  
Postarbeiter mit den Postillonen. Werden die Wünsche  
der Arbeiter nicht endlich erfüllt, so wird der Ansehen er-  
weckt, als ob es der Postverwaltung an dem nötigen Ernst  
fehlt.

Staatssekretär Kraetke: Daß die Löhne im Steigen  
sind, erkennen die Arbeiter selber an. Den übrigen Wün-  
schen stehen wir wohlwollend gegenüber. Nach weiteren  
Bemerkungen des Abg. Dr. Strube (fortf. Bpt.) wird  
der Titel bewilligt.

Titel „Ostmarkenzulage“.

Abg. Schlee (natl.):  
Offenbar unter Billigung des Zentrums wollen die Polen  
und Sozialdemokraten den Beamten in den Ostmarken die Zu-  
lage entziehen. Für ein derartiges Wohlwollen werden sich die  
Beamten bedanken. Wir bestritten den politischen Charakter  
der Zulage (Lachen). Die preussische Polenpolitik geht den  
Reichstag überhaupt nichts an (Schallendes Gelächter). Unsere  
Postbeamten im Osten haben sich dienstlich und außerdienstlich  
mühergütig gefüht. Sie genießen auch bei den Polen volles  
Vertrauen.

Abg. Wendel (Soz.):  
Aus der Rede des Vorredners sprach die Furcht von der Er-  
wartung eines Polenaufstandes (Lachen). Der letzte Polenauf-  
stand war kein Schandfleck für Polen, wohl aber für Preußen.  
(Vizepräsident Paasche rügt diesen Ausdruck.) Redner (fort-  
f. Bpt.): Wir lassen uns nicht abbringen von unserer Hal-  
tung der Ostmarkenzulage gegenüber. Für solche chauvinistische  
Redensarten sind wir nicht zu haben.

Abg. Schulz-Bromberg (Npt.):  
Das Unerhörteste, was von dieser Tribüne jemals gesprochen  
worden ist, hat der Abg. Wendel geleistet, als er Bismarck Teil-  
nahme an Menschenmord vorwarf (Großer Lärm). Daß  
ein junger 27jähriger Mann so etwas sagen dürfte (Lärm)  
ist unerhört. (Erneuter großer Lärm und Zurufe. Ein So-  
zialdemokrat erhält von dem Vizepräsidenten einen Ordnungs-  
ruf.)

Abg. Graf v. Westarp (Centr.):  
Wohl selten ist eine Maßnahme vom Reichstag getroffen  
worden, die eine größere Härte und Unbilligkeit bedeuten  
würde, als die Streichung der Ostmarkenzulage. Die Wünsche  
der Beamten auf Gehaltsaufbesserung und Dienstvereinfachun-  
gen werden beim Postetat besonders betont und Sie wollen  
mit einem Federstrich den Beamten schweren Schaden zufügen.

Abg. Seyda (Nole): Der politische Charakter der Ost-  
markenzulage ist nicht zu leugnen. Gerade aus Gerech-  
tigkeitsgründen lehnen wir den Titel ab.

Abg. Spahn (Bt.):  
Zu Konsequenz unserer bisherigen Haltung stimmen wir  
gegen die Zulage (Hört, hört!). Die Zulage wird nicht allen  
Beamten in jenen Sprachteilen zu teil, obgleich für sie die  
gleichen Verhältnisse ehalten.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Ledebour (Soz.)  
und des Staatssekretärs Kraetke wird (wie schon telegra-  
phisch gemeldet) über den Antrag auf Streichung des Ti-  
tels namentlich abgestimmt. Von 306 abgegebenen gül-  
tigen Stimmen — 1 Stimme Enthaltung — stimmen  
122 für und 183 gegen die Zulage. Diese ist somit ab-  
gelehnt. — Die weiteren Titel werden ohne Debatte un-  
verändert angenommen. — Bei dem Titel „Bau und  
Unterhaltung von Telegraphenlinien, Unterstützung von  
Arbeitern usw.“ befürwortet Abg. Behrens (Wisch. Bpt.)  
eine Resolution auf günstigere Gestaltung des Arbeitsver-  
hältnisses der Arbeiter und Handwerker und Anrechnung ihrer  
Arbeiter- und Handwerkerdienstjahre bei etatsmäßiger Anstel-  
lung, ferner Vorlegung einer Denkschrift für Errichtung einer  
Pensionskasse. In Frankfurt a. M. ist ein Telegraphenarbei-  
ter, der Vorsitzender eines Ortsvereins des Verbandes der  
Telegraphenarbeiter war, strafverurteilt worden, weil er im  
Verdacht stand, mit einem Artikel in Zusammenhang zu stehen,  
der im Organ des Verbandes erschienen war und verschiedene  
Vorwürfe gegen die Telegraphenverwaltung erhob.

Staatssekretär Kraetke:  
Das Vorgehen der Oberpostdirektion kann ich nicht billigen.  
Die verhängte Strafverurteilung wird rückgängig gemacht wer-  
den. Die Unterzahlverhältnisse der Streckenarbeiter werden  
verbessert werden.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte werden die Reso-  
lutionen angenommen und der Titel bewilligt. Der Rest  
der fortdauernden Ausgaben wird ohne Debatte bewil-  
ligt. Die einmaligen Ausgaben passieren ohne Debatte,  
desgleichen die des außerordentlichen Etats. Eine Reso-  
lution auf Portofreiheit von Soldatenpaketen wird an-  
genommen. Die Einnahmen werden genehmigt und die  
zu diesem Etat vorliegenden Petitionen dem Antrag der

Kommission entsprechend erledigt. Damit ist der Postetat in zweiter Lesung angenommen.

**Es folgt der Etat der Reichsdruckerei.**  
Abg. **Weder-Arnberg** (Zentr.): Den nichtsozialdemokratisch organisierten Druckern in der Reichsdruckerei gegenüber ist ein detartiger Terrorismus angewendet worden, daß dagegen mit aller Entschiedenheit Protest eingelegt werden muß. Was will die Direktion der Reichsdruckerei tun, um die nichtsozialdemokratischen Arbeiter zu schützen? (Zuruf: Denunziant, Hecker! — Zwischen und Pfui-rufe bei den Sozialdemokraten.)

**Direktor der Reichsdruckerei Aschenborn:** Der Direktion sind solche Fälle der Schikane oder des Terrorismus nicht bekannt geworden (Hört, hört!) bei den Sozialdemokraten. Die angeführten Fälle liegen 7 bis 8 Jahre zurück. Jemand, der diese Grundsätze nicht hält, würde nicht in unseren Räumen geduldet werden. Wir werden jedoch die Arbeiter auf ihre Pflicht nochmals hinweisen, Beschwerden sofort ihren Vorgesetzten oder der Direktion zu unterbreiten. Sie werden stets unsere volle Unterstützung finden.

Abg. **Hilbebrand** (Soz.): Die Ausführungen des Abg. Weder waren nichts als eine elende Denunziation. (Vizepräsident Dove rügt diesen Ausdruck). Der Etat der Reichsdruckerei wird hierauf bewilligt.

**Es folgen Wahlprüfungen.** Die Wahl der Abgg. Fürst zu Salm-Reifferscheidt (Zentr.), Colshorn (Zentr.), Dietrich (Konj.) und Sperlich (Zentr.) werden ohne Debatte für gültig erklärt. Zu der Wahl des Abg. Blund (Fortchr. Sp.) beantragt die Wahlprüfungskommission ebenfalls die Gültigkeitserklärung.

**Nächste Sitzung:** Dienstag den 16. April 1912, 2 Uhr. Etat der Eisenbahn und des Reichs Eisenbahnbaus.

**Präsident Dr. Kaempf:** Bevor ich die Sitzung schlicke, gestatte ich mir, Ihnen ein frohes Osterfest und eine glückliche Rückkehr zu wünschen mit freier Kraft zur Fortsetzung unserer gemeinsamen Arbeit.

**Berlin, 29. März.** In der Budgetkommission des Reichstages wurde nach der „Köln. Zeit.“ am Mittwoch eine Abstimmung viel bemerkt, bei der der sozialdemokratische Sachverständige für Militaria, Abg. Koske, zusammen mit seinem Parteigenossen Siedekum für die Bewilligung von 650 000 M. eintrat, die auf national-liberalen Antrag zur Vermehrung der Schutztruppe in Kiautschau verwendet werden sollen. Die drei anderen sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder stimmten, alten Herkommens entsprechend, auch hier „gegen jeden Mann und jeden Groschen“. Sie gaben auch ihrer Verwunderung über die Abstimmung ihrer beiden revisionistischen Parteigenossen unbehohlenen Ausdruck. Das veranlaßte diese jedoch keineswegs, ihre vielbemerkte Abstimmung rückgängig zu machen. Sie hatten offenbar nicht aus Versehen, sondern bewußt und absichtlich die Meinung der bürgerlichen Parteien mit vertreten wollen, daß unter den gegenwärtigen chaotischen Zuständen in China eine Verstärkung der deutschen Truppen dort eine dringende Notwendigkeit ist.

## Deutsches Reich.

### \* Die Universität in Frankfurt a. M.

Bei der Beratung des Kultusetats im preussischen Abgeordnetenhaus führte bei der Frage der Gründung einer Universität in Frankfurt a. M. Kultusminister von Trott zu Solz nach der „Kölnischen Zeitung“ folgendes aus:

Die Universität in Frankfurt kann nur durch königliche Verordnung errichtet werden. So sieht es das allgemeine Landrecht vor, das hier durch die preussische Verfassung nicht geändert ist. Die Einrede, daß für Frankfurt, das erst später zu Preußen gekommen ist, das allgemeine Landrecht nicht gelte, ist hier, selbst wenn man diese Einrede gelten lassen wollte, nicht von Bedeutung. Denn da kommt dann das allgemeine deutsche Universitätsrecht in Frage. Nach diesem war es ein Reservatrecht des Kaisers, die Universitäten zu errichten. Dieses Reservatrecht ist später auf die Landesfürsten übergegangen. Also nur im Wege der Verordnung, nicht im Wege der Gesetzgebung ist die Universität Frankfurt zu errichten. Ich habe mich von vornherein den Frankfurter Herren gegenüber auf den Standpunkt gestellt, daß nur weiter verhandelt werden kann, wenn es sich um eine Universität als eine staatliche Veranstaltung nach den grundlegenden Bestimmungen für die anderen Universitäten handeln und dazu die staatliche Genehmigung eingeholt werden soll. Die Ernennung der Professoren muß danach dem König zustehen, wie bei den anderen Universitäten. Zu etwas anderem würde ich meine Hand nicht bieten. Selbstverständlich wäre danach auch ausgeschlossen, daß die Geldgeber irgendwelchen Einfluß auf die Besetzung der Lehrstühle ausüben. Selbst bei Regelung der äußeren Verhältnisse, der Finanzen, müßte für den Minister sein Beauftragter die Geschäfte führen, denn der Minister hätte die Verantwortung für die Universität. Die Universität muß völlig unabhängig sein vom Willen der Spender. Dann ist nicht zu befürchten, daß in Zukunft die Universität unter dem Einfluß von Dritten stehen könnte. Wir sind dann in eine eingehende Prüfung der finanziellen Seite der Sache eingetreten. Diese Prüfung hat mich vollständig befriedigt. Die Sirenenklänge der Stadt Frankfurt haben mich aber nicht betört. Ich habe gesagt, daß ich unter der Voraussetzung über die Sache verhandle, daß eine wirkliche staatliche Universität geschaffen wird. Wenn diese Voraussetzung aber erfüllt ist, so sehe ich keinen Grund zur Ablehnung. Ich kann nicht glauben, daß aus der Ent-

stehung der Frankfurter Universität der Universität Marburg ein dauernder Schaden erwächst. Treten die Frankfurter Stellen auf den von der Regierung gezeigten Boden, dann werden wir prüfen, ob die Voraussetzungen dazu gegeben sind, daß hier eine staatliche Anstalt im Sinne des preussischen Landrechts entsteht. Ist das der Fall, dann halte ich mich für berechtigt, dem Antrag zuzustimmen.

### \* Aus der nationalliberalen Partei.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstages wird an den einberufenen Delegiertentag der Partei demnächst einen Antrag richten, der eine Satzungsänderung bezweckt. Danach sollen künftig die Mitglieder der Reichstagsfraktion geborene Mitglieder des Zentralvorstandes der Partei sein. Dieser Antrag ist fast von der ganzen Fraktion unterzeichnet; es fehlen nur noch die Unterschriften einzelner abwesender Mitglieder. Die Gründe und Überlegungen, die für die Fraktion dabei maßgebend waren, geben aus den nachfolgenden Darlegungen hervor: Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat über die Sachlage beraten, die durch die Beschlüsse des Zentralvorstandes vom 24. d. geschaffen worden ist. Allseitig wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Vertretung der Reichstagsfraktion im Zentralvorstand erweitert werden müsse. Zurzeit gehören ihm nur der Vorstand der Reichstagsfraktion an, das erscheine ungenügend. Den Männern, die ihre Person im Wahlkampf für die Grundsätze der Partei eingesetzt haben, und nach erfolgtem Wahlsiege in erster Linie für die nationalliberale Politik im Reiche verantwortlich sind, gebührt eine volle Vertretung in dem nächst dem Vertretertag wichtigsten Organ der Gesamtpartei. Der Antrag ist sachgemäß auf die Tagesordnung des kommenden Vertretertages zu bringen. Ob sonst eine Umgestaltung der Organisation der Partei nötig ist, hat die Fraktion einem aus ihrer Mitte gewählten Sonderausschuß zur Vorberatung überwiesen. Etwaige Anträge auf Abänderung der Satzungen würden so rechtzeitig eingereicht werden, daß sie noch von dem Vertretertag, dessen schleunige Einberufung bekanntlich beschlossen worden ist, erledigt werden könnte.

Der nationalliberale Vertretertag, der laut Beschluß des Zentralvorstandes vom 24. März innerhalb 6 Wochen einberufen werden soll, um die Gegenläge innerhalb der Partei zu klären, wird der „Nationalztg.“ zufolge am 12. Mai in Berlin stattfinden. Der geschäftsführende Ausschuß, der am Sonntag vom Zentralvorstand gewählt worden ist, konstituierte sich heute und wählte zum Vorsitzenden den Landtagsabgeordneten Dr. Friedberg, zu dessen Stellvertretern den Reichstagsabgeordneten Prinzen zu Schönau-Karolath und den Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Krause.

### \* Übersicht

Der Gnadenfonds des Kaisers, der von der Budgetkommission der Zweiten Kammer des elsaß-lothringischen Landtages seinerzeit gestrichen worden war, ist durch eine Mehrheit des Zentrums, Fortschrittler und Liberalen in seiner ursprünglichen Höhe wieder eingesetzt worden.

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten führte der Ministerpräsident Frhr. v. Hertling in Erwiderung auf eine Bemerkung des Abgeordneten Müller-Dof folgendes aus: Was die Stellungnahme Bayerns zum Reich betrifft, so betone ich, daß ich kein Feind des Dreibundes bin. Wenn Herr Müller mir das Gegenteil unter-schied, so ist er zwar nicht päpstlicher als der Papst, aber italienischer als Italien. Meine Ernennung zum Ministerpräsidenten hat in Italien und in Rom kein Aufsehen erregt. Wohl habe ich einmal auf einem Katholikentag über das Thema der Wiedereinrichtung des Kirchenstaates gesprochen; ich habe aber hinzugefügt, daß uns nichts ferner liege als dies. Die Befürchtung des Abgeordneten Müller, daß ich als Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Bundesrat das deutsche Reich zu einer Italien feindlichen Politik bringe, dürfte ruhig zurückgestellt werden. Die Leitung der auswärtigen Politik liegt beim Reiche. Der Ausschuß ist nicht so gedacht, daß er gleichsam die leitende Politik direkt zu beeinflussen hätte.

## Ausland.

### \* Zum Streik der englischen Bergarbeiter.

**London, 27. März.** Im Unterhause fragte Lowther, ob die Regierung im Hinblick auf das Elend, das infolge des andauernden Streikes im ganzen Lande herrscht, dahin wirken wolle, daß die Kohlengruben geöffnet würden, und ob den Arbeit-willigen ein angemessener Schutz gewährt würde. Staatssekretär des Innern Mr. Keena erwiderte, wenn Lowther meine, daß die Regierung die Grubenbesitzer zwingen soll, den Berg-leuten zu gestatten, in ihren Gruben zu arbeiten, und die Bergleute zwingen sollte, zu arbeiten, so ist diese Frage mit nein zu beantworten. Für den Fall aber, daß die Kohlen-grubenbesitzer bereit sind, ihre Kohlengruben zu öffnen, und die Bergleute bereit sind zu arbeiten, wird von den Lokal-behörden für angemessenen Schutz gesorgt.

**London, 28. März.** Der Verband der Grubenbesitzer nahm gestern eine Resolution an, in der die Grubenbesitzer aufgefordert werden, alle Anstrengungen zu machen, um das Gesetz über die Mindestlöhne durchzuführen. Der Vorstand der Gewerkschaft der Bergarbeiter von Warwickshire, die zehntausend Mitglieder umfaßt, hat seine Mitglieder aufgefordert, die Ar-

beit sofort wieder anzunehmen. — Nach einer Zeitungsmeldung wird erwartet, daß in Lancashire, in Schottland und in Nordwales heute gegen dreizehntausend Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen werden. In einigen Streitigkeiten kam es gestern zu großen Unruhen. In Canmar, Chase und Stafford-shire behaupteten die Arbeiter, daß mehr Personen in den Gruben beschäftigt seien, als fast notwendig wäre. Etwa 7000 bis 8000 Streikende sammelten sich bei der Grube Littleton an; die Polizei war machtlos. Sie telegraphierte nach Stafford-shire um Unterstützung, ließ aber die Tore zur Grube offen. Der Umkleideraum wurde in Brand gesteckt. Der Generaldirektor der Grube wurde durch einen Stacheldraht verletzt, ebenso ein Schumann, der den Täter verhaften wollte. Die Menge zerstörte das Bureaubau und schlug die Fenster ein, bis die Polizei die Menge mit Knüppeln angriff. An dem nunmehr entsetzten Handgemenge beteiligten sich auch Frauen. Auf die Nachricht erst, daß Militär unterwegs sei, wich die Menge zurück. — Bei der Grube Rythdale Kirk in Schottland, wo die Arbeit wieder aufgenommen wurde, kam es zu argen Unruhen. Die Streikenden versuchten die Unterhaltungsarbeiten der Eisenbahngleise der Grube zu zerstören; wurden aber von der Polizei zurückgedrängt. Die Grube wurde von Militär besetzt.

**London, 28. März.** Eine Konferenz der Eisenbahndirektoren beschloß gestern, den Güterverkehr mit Ausnahme der leicht verderblichen Güter in der Zeit vom 3. bis 9. April aufzuheben.

**London, 29. März.** Obgleich noch keine definitiven Beschlüsse der Grubenbesitzer und Bergarbeiter vorliegen, ist doch die allgemeine Stimmung hinsichtlich der Beilegung des Streiks optimistischer geworden. Man nimmt an, daß der Streik seinen Ende nahe ist. Im Laufe des gestrigen Tages wurden einige Gruben wieder geöffnet. 350 Bergleute, die in Chert in Nordwales einführten, konnten, geschützt durch Truppen, ungehindert arbeiten. Ebenso gingen die Unterhaltungsarbeiten der Gruben in Littleton und in Staffordshire ungehindert vor sich.

Seit dem 1. März haben die Gewerkschaftskassen 1 043 000 Pfund Sterling Streikgelder ausbezahlt. In den Kassen befinden sich noch 951 000 Pfund Sterling.

### Auslandsübersicht.

**Paris, 28. März.** Der Streik auf der Königin Luisegrube und der Berginspektion Knarow ist beendet. Die Bergleute sind heute wieder voll eingefahren. Aber hundert Mann wurden, da sie drei Tage der Arbeit fern geblieben sind, wegen Kontraktbruchs entlassen.

**Paris, 28. März.** Zwischen Bonapartisten und Royalisten kam es in der letzten Zeit in Versammlungen und bei Straßenkumgebungen wiederholt zu heftigen Zusammenstößen. Gestern Abend drangen an 30 mit Knüppeln bewaffnete Camelots-du-Roy in eine bonapartistische Versammlung ein. Es entstand eine furchtbare Meuterei, bei der es auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete gab. Auch mehrere Schußleute, die zur Wiederherstellung der Ordnung herbeigeeilt waren, erlitten Verletzungen. 6 Camelots-du-Roy wurden verhaftet. Der Obmann der bonapartistischen Vereinigung des Seine-Departements, Le Rebout de Lanan, und die Herausgeber der „Autorité“, Paul und Guy de Cassagnac, veröffentlichten heute eine Erklärung, in der sie auf das heftigste gegen das Vorgehen der Agachen der „Action Française“ Einspruch erhoben und an die Leiter der „Action Française“, Henri Baugois und Leon Taudet, sowie den Führer der Camelots-du-Roy, Rujo, die Anfrage richteten, ob sie sich mit den von ihren Anhängern begangenen feigen Gewalttätigkeiten solidarisch erklären. Sie seien fest entschlossen, diesen Vorkommnissen ein Ende zu machen.

**London, 29. März.** Das Unterhaus begann gestern die zweite Lesung der Frauenwahlrechtsbill, die bekannt ist unter dem Namen Verjährungsbill, weil sie ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Forderungen des Frauenstimmrechts darstellt. Die Bill, die von Mitgliedern beider Parteien eingebracht worden war, will ungefähr einer Million Frauen das Wahlrecht verleihen. Der Gesetzentwurf wurde mit 222 gegen 208 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmung rief allgemeine Überraschung hervor. Es wurde von den Gegnern des Frauenstimmrechts mit ungeheurer Jubel begrüßt. Der Premierminister Asquith und der Kolonialminister Harcourt stimmten gegen das Gesetz. Finanzminister Lloyd George und der Minister des Äußeren Grey dafür.

**Newport, 27. März.** Gestern fanden im Staate Newport die republikanischen Urwahlen der Delegierten zum Nationalkongress statt. Die Parteifreunde Taffs wurden in allen Bezirken gewählt, in denen Parteigänger Roosevelt ihnen entgegenstanden.

**Kairo, 26. März.** Der Scheive eröffnete gestern die alle zwei Jahre zusammentretende Nationalversammlung mit einer Rede, in der er mitteilte, daß die Regierung 100000 Pfund für Erziehungs-zwecke zur Verfügung gestellt habe. Die Bewässerungsmittel Ägyptens seien in Angriff genommen worden, wodurch große Strecken Landes der Erbauung erschlossen werden würden. Der Scheive berichtete ferner über die fortschreitende Verbesserung in den Verhältnissen der Delta-provinz, sowie von der Absicht der Regierung, Sparkassen für die Fellachen einzurichten.

## Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 29. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb und den Finanzminister Dr. Rheinboldt zur Vortragserstattung. Von 12 Uhr an meldeten sich: Generalmajor von Arnim, Kommandeur der 28. Feldartillerie-Brigade, Oberst von Koelichen, Kommandeur des 8. Bad. Infanterie-Regiments Nr. 169, bisher beim 8. Bad. Infanterie-Regiments Fürst Leopold von Anhalt-Desfau (1. Magdeburgischen) Nr. 26, Oberstleutnant Goeden, beauftragt mit der Führung des 4. Badischen Feldartillerie-Regiments Nr. 66, bisher Abteilungs-Kommandeur im Trierischen Feldartillerie-Regiment Nr. 44, Major Knandt, Bataillons-Kommandeur im Infanterie-Regiment von Horn (3. Rheinischen) Nr. 29, bisher im 7. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 142, Major z. D. Keller, Vorstand des Artillerie-Depots Karlsruhe, bisher Bataillons-Kommandeur im 1. Unter-Elbischen Infanterie-Regiment Nr. 132, Hauptmann Benede im Generalstabe

des XIV. Armeekorps, bisher im Großen Generalstabe, und Hauptmann Wagner im 7. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 96, bisher im 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113.

Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. von Nicolai.

**Großherzogliche Hof- und Landesbibliothek.** Die „Frei-Ausgabe“ des Zugangszeichnisses für 1911 ist erschienen und wird auf Ansuchen an erwachsene Landes-einwohner kostenlos versendet.

Dem „Jungdeutschlandbund Baden“ sind wiederum weitere Beträge zugegangen: Aus Konstanz von ungenannt 2000 M.; Herr Reutner A. Schnabel 1000 M.; Frau v. Wohlen und Galbach, Wirtl. Geh. Rat Eisenlohr, Fabrikant A. Koll (Karlsruhe) je 100 M.; Rheinische Kreditbank 300 M.; ferner haben namhafte Jahresbeiträge zugebracht: die Offiziere, Sanitäts-offiziere und obere Beamte des Landwehrbezirks Heidelberg, sowie viele andere Privatpersonen und Vereine.

**Bühl, 29. März.** Der Bürgerausschuß hat gestern abend den Gemeindevoranschlag für 1912 mit 30 gegen 21 Stimmen abgelehnt, wie es heißt, weil die Umlagen für zu hoch erklärt wurden.

**Mersburg, 29. März.** Das hiesige Lehrerseminar war im Schuljahr 1911/12 von 223 Schülern besucht, von denen 119 ihre Vorbildung an Volksschulen und 104 an Mittelschulen erhalten hatten.

### Aus der Residenz.

Der Stadtrat ließ dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen, durch die beantragt wird, daß aus Wirtschaftsmitteln des Jahres 1912 dem Kartell der südwestdeutschen Luftfahrtvereine zur Veranstaltung eines deutschen Zuberläufigkeitsfluges am Oberrhein im Mai ds. Js. mit Karlsruhe als Etappenstation, ein Kostenbeitrag von 10.000 M. geleistet werde.

**St. Bürgerausschussung.** Die Generaldebatte über den städtischen Voranschlag für 1912 nahm anschließend an das Finanzexposé des Oberbürgermeisters ihren Anfang. Von sämtlichen Rednern der einzelnen Fraktionen wurde mit Genugtuung auf die günstige Finanzlage verwiesen und die Finanzpolitik der Stadtverwaltung gutgeheißen. Zunächst sprach der Obmann der Stadtverordneten, Frch. der dem Oberbürgermeister, den drei Bürgermeistern, den städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeitern, besonders dem Stadtrat und auch den Herren Dank sagte, die einer städtischen Kommission angehöre. Die Finanzbearbeitung der Stadt sei auf gutem und gesundem Wege zu begründen wäre, wenn man der Erhöhung des Betriebsfonds näher treten würde. Dann brachte Redner die Vorlage zur Kenntnis, die namens der Prüfungskommission zum Voranschlag besaßen. An erster Stelle steht die Lehrmittelfreiheit für die zwei obersten Klassen der Volksschule, ferner, daß den Hauptlehrerinnen und etatmäßigen technischen Lehrerinnen, sowie den älteren Unterlehrern eine Zulage gewährt und daß ferner für die Stadträte eine Entschädigung von 500 M. auszuwirken werde. Was die Ausdehnung eines Wettbewerbs zur Erlangung neuer Pläne für Bebauung des „Reichplatzes“ anlangt, so sei es dafür wohl zu spät. Bedauerlich sei jedoch, daß die Bitte der Karlsruher Architektenvereini-gung in dieser Sache abgelehnt worden sei. Denn nur durch einen Wettbewerb könne man entscheiden, was die beste Lösung sei. Die Frage des Submissionswesens bedürfe dringend der endlichen Regelung. Man solle den einzelnen städtischen Ämtern mehr Bewegungsfreiheit verschaffen und diese Ämter sollten von der Erlaubnis, Arbeiten unter 500 M. eigenhändig zu vergeben, lebhafteren Gebrauch machen. In seinen Schlussworten streifte der Redner kurz die Personalangelegenheiten und betonte dabei, der Prüfungsausschuß habe es nur ungern gesehen, daß das Beamtenstatut noch nicht erlassen ist; durch die Einführung dieses Statuts würden die Reibungsflächen etwas vermindert werden. Das wäre ein großer Vorteil, und der Bürgerausschuß hätte sich nicht mehr oder nur bei einzelnen großen Fällen mit Personalangelegenheiten zu befassen. — Als Sprecher der Nationalliberalen ergriff sodann Stadtv. Rebmann das Wort, um zunächst in recht eingehenden Ausführungen Vergleiche zu ziehen zwischen städtischer und staatlicher Finanzpolitik, und dann die Freiheit der Selbstverwaltung der Städte zu behandeln. Der Redner ging auf einzelne Punkte des Voranschlags näher ein und verwies hierbei im besonderen auf die günstige Entwicklung der Erwerbsverhältnisse. — Stadtv. Willi trat dafür ein, daß den Städten das Selbstverwaltungsrecht, so wie es jetzt bestehe, erhalten werden müsse. Er behandelte eingehend die Lebensmittelsteuerung und betont dabei, daß die Stadt in der Verfor-gung der Bevölkerung mit billigem Fleisch und mit billiger Milch eheulich befreit gewesen sei, ein Zurückgehen der Preise zu erwarten. Leider sei die Stadtverwaltung mit ihren Be-mühungen nicht durchgedrungen, er hoffe aber, daß die neuen dahin zielenden Vorstellungen bei den staatlichen Behörden erfolgreich seien. — Stadtv. Fröhlich bespricht die erfreuliche finanzielle Lage der Stadt, das Aufblühen des Elektrizitäts-werkes und des Rheinhafens, die Neubesehung der Stadtschul-stätte. — In der weiteren Beratung tritt Stadtv. Schmidt den Ausführungen des Vordröckers energisch entgegen, soweit sie sich auf eine Kritik des Ministeriums des Innern bezogen. Der Stadtv. Fröhlich habe sich hierbei zu recht erheblichen Übertreibungen hinreichend lassen, die keineswegs geeignet wä-ren, die guten Beziehungen zwischen Stadt und Regierung zu erhalten und im Interesse des Gemeinwehns zu fördern. Auch der Oberbürgermeister kommt später auf diese Angelegenheit zu sprechen und hebt hervor, daß der Stadtv. Fröhlich mit seinen Auslassungen — die er selbst überhört habe — gegen das Ministerium der Stadt keinen guten Dienst erwiesen habe. In einem Zwischenruf bemerkt Stadtv. Fröhlich, daß seine Bemerkungen falsch verstanden worden seien, sie hätten sich nicht gegen den Minister des Innern gerichtet. Damit ist dieser Zwischenfall erledigt. Nachdem Stadtv. Schmidt, der sich noch kurz dem Ministerium des Innern, dem ihm sympathisch ist, der elektrischen Eisenbahn und der Entwicklung des Elektri-zitätswerkes zuwendet, spricht noch Stadtv. Raab über Sub-missionswesen und Gewerbeschule. Damit ist die General-debatte erledigt und es folgt die Einzelberatung des Budgets, zunächst Position „Volksschule“. Über eine Reihe Anträge ent-schied sich zunächst eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte.

Von allen Rednern wird sodann die gute Grundlage, auf der das Karlsruher Schulwesen aufgebaut ist, gerühmt und schließlich die Position einstimmig angenommen.

Von Herrn Architekten Heinrich Segner geht uns ein Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung zu, dem wir folgendes entnehmen: „Herrn Regierungsbaumeister Lunde ist in dem in der „Karlsruher Zeitung“ vom 28. März abgedruckten Artikel über den architektonischen Ausbau Karlsruhes ein kleiner Irrtum unterlaufen, insofern als ein von mir herrührender Vorschlag zur Überbauung des frei werdenden Geländes des Haupt-bahnhofes zu Karlsruhe in Nr. 95 und 102, Jahrgang 1909 der „Deutschen Bauzeitung“, Berlin, veröffentlicht ist. (Von mir als Broschüre im September 1909 heraus-gegeben.) Ich darf demnach die Priorität für mich in Anspruch nehmen. Denn diejenigen Gedanken, die in den Besprechungen der Arbeit des Herrn Professor Moser besonders gerühmt werden, habe ich zuerst ausge-sprochen.“

**Passionskonzert.** Zu dem am Palmsonntag den 31. d. M., nachmittags 7 1/2 Uhr, in der evangelischen Stadtkirche statt-findenden Konzert des Vereins für evangelische Kirchenmusik hat der musikalische Leiter des Vereins, Musikdirektor Max Zehle, in besonderer Würdigung der Passionszeit, ein geistes-reiches, abwechslungsreiches Programm zusammengestellt, so daß die Aufführung eine frische, schönere und wirkungsvollere Bottrage erwarten läßt. Als Solisten sind gewonnen: Frau Käthe Fischer aus Düsseldorf (Mezzosopran), Frau Ana Goos von hier (Sopran), Herr Georg Hofmann von hier (Bariton), Herr Hofmusikant Joseph Hilberth von hier (Cello) und für die Orgel Herr Theodor Barner von hier.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Berlin, 29. März.** In der heutigen Sitzung des Zen-tralausschusses der Reichsbank erklärte Präsident Habenstein, daß ein Anlaß zur Änderung des Diskontsatzes nicht vorliege. Über die Veränderungen im Status der Bank vom 23. bis 27. März wurde mitgeteilt, daß die Anlagen um 153 Millionen zugenommen haben gegen eine Zunahme von 123 Millionen im Vorjahre. Dazu wurde bekannt, daß namentlich viele langfristige Wechsel eingereicht worden sind. Der Vorrat hat um 6 Millio-nen zugenommen gegen eine Abnahme von 20 Millionen im Vorjahre. Fremde Gelder hätten sich um 78 Millionen vermindert gegen eine Vermehrung von 66 Millionen im Vorjahre. Der Betrag der ungedeckten Noten hat sich am 27. März auf 235 Millionen belaufen gegen 183 Millio-nen im Vorjahre.

**Strasbourg, 29. März.** Zu der gemeldeten Wiederein-setzung des Gnadenfonds des Kaisers in seiner ursprüng-lichen Höhe durch eine Mehrheit aus Zentrum, Lothrin-gern und Liberalen, ist noch nachzutragen, daß die An-nahme des Gnadenfonds mit 33 gegen 24 Stimmen er-folgte, nachdem Staatssekretär Born von Budaß namens der Regierung eine Erklärung abgegeben hatte, in der diese sich bereit erklärte, dem Präsidium oder einer Sub-kommission der Kammer in mündlicher und vertraulicher Form eine summarische Übersicht über die Verwendung des Fonds nach den einzelnen dabei in Betracht kommen-den Kategorien wie: Witwen-, Waisen-, einmalige Unter-stützungen, Vereine, gemeinnützige Anstalten usw. zu geben.

**Metz, 29. März.** Gestern nachmittags empfing Bezirks-präsident Graf Zepelin die Vertreter der hiesigen Presse, um sich von ihnen zu verabschieden. Auf seine herzliche Ansprache erwiderte der Chefredakteur der „Metzer Zei-tung“, Herr Nehme.

**München, 29. März.** In der Kammer der Abgeord-neten gab der Abg. Dr. Günther bezüglich der Auserung des Abg. Held in einer Versammlung in Schwandorf, daß ein Mann von Ehre der liberalen Partei nicht mehr angehören könne, namens der liberalen Partei die Erklärung ab, die Auserung stelle eine Beleidigung der gesamten liberalen Partei dar, und fügte hinzu, daß für die Liberalen der Abg. Held weder in parlamentarischer und noch in gesellschaftlicher Hinsicht mehr vorhanden sei.

Präsident Dr. von Driener bemerkte, diese Ausführun-gen übertreffen bei weitem das Maß des Erlaubten. Es sei unzulässig, auszusprechen, daß ein Mitglied des Hauses gesellschaftlich für ein anderes nicht mehr da sei. Das sei ein Vorgang, der sich im Hause noch nicht ereig-net habe. Abg. Günther erwiderte darauf, das sei wohl noch nicht dagewesen, aber auch die Ursache dafür sei noch nicht dagewesen. Wie die Handlung so die Behandlung. Darauf verließ der größte Teil des Zentrums den Saal. Abg. Günther sprach weiter zum Etat des Außern. Im Verlaufe der Debatte gab der Abg. Verno in Erwiderung auf die Auserung des Abg. Günther (liberal) namens des Zentrums folgende Erklärung ab: „Dieses Vorgehen ist in der Geschichte des bayerischen Landtages bisher unerhört. Namens der Zentrumsfraktion erhebe ich da-gegen in schärfster Weise Protest. Wir lehnen jede Ver-antwortung für die Konsequenzen ab, die sich aus einem solchen Vorgehen ergeben müssen.“

### Verschiedenes.

**Rom Bosensee, 29. März.** Ein neues Zeppelin-Luftschiff L. 3. 12, ist, wie aus Friedrichshafen gemeldet wird, nahezu vollendet. Das neue Fahrzeug hat keine Kabine und ist dem-nach für militärische Zwecke gebaut. Neben mancherlei kon-struktiven Verbesserungen ist in erster Linie auf eine wei-tere Steigerung der Eigengeschwindigkeit neben Erhaltung der Widerstandsfähigkeit Bedacht genommen.

### Familiennachrichten.

**Geburten.** Ein Knabe. V.: Friedrich Beder, Weber. — W.: Otto Hermann, Chorführer. — B.: Paul Ditzelhorst, Kauf-mann. — R.: Karl Hettlinger, Fabrikarbeiter. — W.: Joh. Habermeyer, Stadttagelöhner. — Ein Mädchen. V.: Wilh. Fiedler, Schieferbeder. — Georg Scheid, Fabrikarbeiter. — R.: Theodor Mohrenstein, Friseur. — L.: Max Meier, Kauf-mann.

**Ehescheidung.** Eugen Doffner von Stuttgart, Kaiser hier, mit Rosa Kühn Witwe von Neckargerauch.

**Todesfälle.** Emil König, Kaufmann, ledig. — Luise Raag, Ehefrau. — Paul, R.: Albert Ehrenmann, Schmied. — Wil-helm Herzog, Soldat, ledig.

### Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan für die Zeit vom 30. März bis 9. April 1912.

**Im Hoftheater in Karlsruhe.**

**Samstag, 30. März, 27. Vorst. auß. Ab. Ermäßigte Preise.** „Schuldig?“, Volksstück in 3 Akten von Hermine Billinger. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

**Sonntag, 31. März, Abt. B, 50. Ab.-Vorst.** Gastspiel von Cécile Künze-Endorf. „Der Ring des Nibelungen“. Dritter Tag. Mit vollständig neuen Dekorationen: „Götterdämmerung“, in 1 Vorspiel und 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.

**Montag, 1. April, Abt. A, 50. Ab.-Vorst.** „Erbe“, eine Komödie des Lebens in 3 Akten von Schönherr. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

**Dienstag, 2. April, Abt. C, 50. Ab.-Vorst.** „Der Evangelis-mann“, musikalisches Schauspiel in 2 Akten von Wilhelm Kienal. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.

**Mittwoch, 3. April, Gründonnerstag, 4. Karfreitag, 5. und Sams-tag, 6. April: Keine Vorstellung.**

**Sonntag, 7. April, Abt. C, 52. Ab.-Vorst.** „Wilhelm Tell“, Schauspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 6 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

**Montag, 8. April, 28. Vorst. außer Ab.** „Lohengrin“, große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.

**Vorverkauf für die Abonnenten am Samstag, 30. März, vor-mittags 9—11 Uhr, Reihenfolge A, B, C (je 1/2 Stunde).**

**Allgemeiner Vorverkauf vom Montag den 1. April, vormit-tags 9 Uhr, an.**

**Dienstag, 9. April, Abt. B, 51. Ab.-Vorst.** „Der und Zim-mermann“, komische Oper in 3 Akten, Text und Musik von Vorberg. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 11 Uhr.

**Eintrittspreise am 31. März und 8. April: Balkon 1. Abt. 8 M., Sperrsitze 1. Abt. 6 M., am 2., 7. und 9. April Balkon 1. Abt. 6 M., Sperrsitze 1. Abt. 4 M., am 1. April Balkon 1. Abt. 5 M., Sperrsitze 1. Abt. 4 M., am 30. März Balkon 1. Abt. 2,50 M., Sperrsitze 1. Abt. 2 M.**

**Im Theater in Baden.**

**Mittwoch, 3. April, 27. Ab.-Vorst.** „Erbe“, eine Komödie des Lebens, in 3 Akten von Karl Schönherr. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 1/2 Uhr.

**Montag, 8. April, 3. Vorst. außer Ab.** Zum erstenmal: „Das kleine Schokoladenmädchen“, Lustspiel in 4 Akten von Paul Gavault, deutsch von G. v. Schönhan. Anfang 8 Uhr, Ende 11 Uhr.

**Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 29. März, 1912.**

Der Luftdruck nimmt heute von einem im Westen von Euro-pa gelegenen Maximum aus bis zu einer Depression ab, die sich über dem Nordosten befindet, deren Einfluß sich aber am Morgen noch fast über ganz Mitteleuropa erstreckt. Das Wetter ist deshalb noch trüb oder unbeständig und stellenweise regnerisch. Die Temperaturen sind meist etwas gesunken. Die Depression wird voraussichtlich abziehen und eine neue scheint nicht zu folgen; es ist deshalb unbeständiges, mäßig warmes und meist trockenes Wetter zu erwarten.

**Wetternachrichten aus dem Süden vom 29. März, früh:**

Lugano wolfig 10 Grad, Biarritz bedekt 10 Grad, Triest wol-kenlos 12 Grad, Florenz bedekt 12 Grad, Rom bedekt 12 Grad, Cagliari wolkenlos 12 Grad.

**Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.**

März	Barom. mm	Therm. in C.	Relat. Feucht. in mm	Reicht. Feucht. in mm	Wind	Himmel
28. Nachts 9 <sup>h</sup> 11.	753.2	12.7	4.8	44	SW	bedekt
29. Morgs. 7 <sup>h</sup> 11.	753.2	8.7	7.8	93	SWW	Regen
29. Mittags. 2 <sup>h</sup> 11.	754.9	12.8	3.9	35	SWW	heiter

Höchste Temperatur am 28. März: 16.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 8.7.

Niederschlagsmenge, gemessen am 29. März, 7<sup>h</sup> früh: 1.3 mm

**Wasserstand des Rheins am 29. März, früh:** Schutter-injel 1.75 m, gestiegen 5 cm; Nechl 2.55 m, gefallen 7 cm; Maxau 4.21 m, gefallen 12 cm; Mannheim 3.62 m, gefallen 11 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

**Nationalspende für eine Luftflotte.**

Bis jetzt sind eingegangen: Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Luftflottenvereins 300 M.; Major z. D. Dahlmann 20 M.; Oberst z. D. Frhr. v. Salmuth 10 M.; Staatsminister Frhr. v. Rodman Erz. 100 M.; Hofjahnarzt Scholtz 40 M.; Ungenannt 300 M.; Pri-vatier Karl Aug. Reumer 25 M.; Fabrikdirektor a. D. W. Verblinger 20 M.; Gymnasium II. Hb 5 M.; Bad. Handels-lehranstalt 10 M.; Spezialarzt Dr. Ziegler 10 M.; Landge-richtsrat Wintler 10 M.; zusammen 850 M.

Weitere Geldspenden werden entgegengenommen von der Expedition der Karlsruher Zeitung, der Rhein. Creditbank, Waldstraße 1, sowie von den durch Plakate bezeichneten Sam-melstellen.

**Nehmen Sie**

täglich ein Likörgläschen **Dr. Hommel's** Haema-togen unmittelbar vor der Hauptmahlzeit! Ihr Appetit wird reger, Ihr Nervensystem erstarkt! die körperlichen Kräfte werden gehoben. Warnung: Man verlange ausdrücklich den Namen **Dr. Hommel**.

### Danksagung.

Für die uns bewiesene herzliche Teilnahme beim Hinscheiden unseres guten, unvergesslichen Bruders und Onkels, des

## Herrn V. Kirchbaur

Großh. Finanzrat a. D.

sagen wir herzlichen Dank. Von ganzem Herzen danken wir auch den zahlreichen hiesigen und auswärtigen Teilnehmern am Leichenbegängnis. Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

**Mathilde Braun, Nichte.**

Königshofen, den 28. März 1912. C.412

### Danksagung.

Für die so zahlreichen Beweise inniger Anteilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Vaters sprechen wir unseren tiefgefühlten Dank aus.

Karlsruhe, den 29. März 1912.

**Clara Gastel,  
Max Gastel.**

C.411

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

In Kürze erscheint:

## Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung

Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911.

(Viertes Buch nebst den „gemeinsamen Vorschriften“ — Buch I — und den einschlägigen Bestimmungen der übrigen Bücher der Reichsversicherungsordnung) mit den

### Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen für das Großherzogtum Baden nebst Zusätzen und Verweisungen

von Oberrechnungsrat **Emil Muser,**  
Revisionsvorstand beim Großh. Bad. Ministerium des Innern.

Preis geb. ca. Mf. 4.50.

Dies ist der I. Band der bei uns erscheinenden Ausgaben der neuen Reichsversicherungsgeetze mit den badischen Ausführungsgeetzen. Es werden folgen im Laufe des Jahres:

Band II: **Landwirtschaftliche Unfallversicherung.** Bearbeitet von Oberamtmann Dr. Kloß.

Band III: **Gewerbliche Unfallversicherung.** Bearbeitet von Oberamtmann Dr. Kloß.

Band IV: **Krankenversicherung.** Bearbeitet von Oberrechnungsrat Muser.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag.



## Gebrüder Hensel

Hoflieferanten  
empfehlen

zu den billigsten Tagespreisen:

Prima **Ochsen-Fleisch**

„ **Rind-Fleisch** C.445

„ **Kalb-Fleisch**

„ **Schweine-Fleisch**

„ **Hammel-Fleisch**

Ferner prima mild gesalzene

## Schinken

Hinter-Schinken, roh und gekocht

Vorder „ 3-5 Pfund schwer

sowie alle übrigen

## Fleisch-u. Wurstwaren

in bekannt vorzüglicher Qualität.

### Achtung! Frankfurter

Pferdebesitzer werden schon am 17. April gezogen mit 1 eleganten **Landauer mit 4 Pferden** als Haupttreffer, 1 kompl. Zweispanner-Wagen, 5 Einspanner, 50 diverse Pferde usw., wofür auch sofort **Bargeld** erlöset wird.

Loose 1 M., 11 St. 10 M. bei

**Carl Götz**  
Bankgeschäft, Karlsruhe, b. Rathaus,  
Gebr. Gähringer, G. m. b. H.,  
Kaiserstr. 100. C.385

### Patente

Anmeldung,  
Verwertung  
Ingenieurbüro f. int. Patentsachen  
Villingen, Friedrichstr. 18, Teleph. 159.

---

G. Braunsche Hofbuchdruckerei  
und Verlag, Karlsruhe

Die  
**Tröbelschen Rindergärten  
in Karlsruhe**

Ihre 40jährige Vergangenheit  
Ihre Zukunft

von **Theodor Jägin**  
Preis broschiert 40 Pfennig  
kart. 50 Pfg. V.32

Zu beziehen durch jede Buch-  
handlung od. direkt vom Verlag

Museumssaal — Karlsruhe

Montag den 1. April 1912, abends 8 Uhr,  
**Kammermusikabend**

des  
**Badener Streich-Quartett**

unter Mitwirkung des Fr. Amelie Klose (Klavier).

PROGRAMM: Friedr. Klose: Streich-Quartett. — Charles Löffler: Zwei Rhapsodien für Klavier, Bratsche und Oboe. — Paul Juon: Trio Caprice nach Lagerlöfs Gösta Berling. C.402

Eintrittskarten zu Mk. 4, 3, 2.50, 2 und 1 in der Hofmusikalien-**Hugo Kuntz** Nachfolger  
handlung **Kurt Neufeldt**  
**Kaiserstraße 114, Telephon 1850.**

**Kurhaus** im schönsten Teile des württembergischen Schwarzwaldes.  
**Bad Herrenalb** Vollständig umgebaut und renoviert.  
**Frühjahrs-Kuren.** B.436

**Sanatorium f. Nervenranke, Stoffwechsel- u. Herzranke.**  
**Kurpension f. Rekonvaleszenten u. Erholungsbedürftige.**

Zentralheizung, Elektrisch Licht. Prospekte. **Dr. Seer.**

### Erziehungsheim Schloss Hemsbach

a. d. Bergstr. (Baden), Bahnstation d. Linie Heidelberg-Frankfurt  
2 St. v. Karlsruhe [B.208]

**Höhere Reformschule mit Internat für Knaben und Mädchen**

Lernen d. Erfahrung, Erziehung d. Beispiel, Liebevoller Pflege. Individuelle Behandlg. Gründlicher wissenschaftlicher Unterricht. Praktische Tätigkeit in Laboratorium, Werkstatt, Garten, Wald, Feld, Küche u. Haus. Kunst und Musik. Vorbereitung zum Einjährigen u. Abiturium. **Dir. F. Bierau u. Frau.**

### Gesellschaft für Spinnerei u. Weberei Ettlingen.

In der heute stattgehabten Generalversammlung wurde vom Gewinnsaldo des Jahres 1911 für die Aktien Lit. A von 1000 fl. eine Dividende von 90 M., für die Aktien Lit. B von 500 fl. eine solche von 45 M. festgesetzt, welche an der Gesellschaftskasse, sowie bei den auf den Dividendenscheinen bezeichneten Bankhäusern sofort erhoben werden kann. C.413

Es wird dabei bemerkt, daß an Stelle des Bankhauses M. A. von Rothchild und Söhne die Direktion der Discontogesellschaft in Frankfurt a. M. die Einlösung der Dividendenscheine vornehmen wird.

Ettlingen, den 28. März 1912.

**Der Aufsichtsrat.**

## Friedrichsbad

Kaiserstraße 136 inmitten der Stadt Kaiserstraße 136

### Sommerhalbjahreskarten

für die C.265

## Schwimm - Halle

vom 1. April bis 1. Oktober.

Erwachsene M. 20.—, Kinder M. 15.—, M. 10.—.

### Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

11.665.21 Heidelberg. Die Marie Witbe, Zimmermädchen in Schwärzenbach, klagt gegen den Kellner Walter Raumann, zuletzt in Heidelberg, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund des § 1715 B.G.B. mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten durch vorläufig vollstreckbaren Urteil zur Zahlung von 134 M. an die Klägerin.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht zu Heidelberg auf Dienstag den 11. Juni 1912, vormittags 9 Uhr, geladen.

Gerichtsschreiber **Großh. Amtsgerichts IV.**

---

**Konkursverfahren.**

11.652. Nr. R.O. 1/11. **Waldbühl.** In dem Konkurs-Verfahren über das Vermögen des Gipsers Ludwig **Seel** in Waldbühl ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vor-

schlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin anberaumt auf

Samstag den 13. April 1912, vormittags 12 Uhr, vor dem Amtsgerichte hier, **Waldbühl, 23. März 1912.**

Gerichtsschreiber des Großh. Amtsgerichts.

---

### Derchiedene Bekanntmachungen.

Abbruchversteigerung altes Kantinengebäude Bahnhof Pforzheim. Versteigerung findet **Mittwoch den 10. April 1912, nachmittags 3 1/2 Uhr,** an Ort und Stelle statt. Bedingungen, Zeichnungen auf unserem Hochbau-Bureau (Durlach altes Aufnahmegebäude 1. Stock) und dem Eisenbahn-Bureau (neues Güterdienstgebäude) zur Einsicht. Bezug der Bedingungen — soweit Vorrat reicht — gegen Erzahlung der Selbstkosten von 10 Pf. nebst Porto. Anmeldungen zur Befichtigung beim Eisenbahn-Bureau. 11.666.21 **Durlach, 25. März 1912.** **Großh. Bauinspektion.**

### Bauarbeiten-Vergabung

Zu einem Landes-Krüppelheim in Heidelberg sollen die

1. Grab- und Maurerarbeiten,
2. Eisenbeton- und Cementarbeiten,
3. Steinhauerarbeiten, a. roter Sandstein, b. grüner Sandstein, c. Granitarbeiten,
4. Zimmerarbeiten,
5. Dachdeckerarbeiten,
6. Flechtarbeiten,
7. Schmiedearbeiten,

im öffentlichen Angebotsverfahren vergeben werden.

Die Unterlagen können, soweit vorrätig, gegen Erstattung der Anfertigungskosten auf dem Bureau des Architekten **Ph. Thomas, Bergheimerstraße Nr. 26** in Heidelberg erhoben, und die Pläne täglich zwischen 10 u. 12 Uhr eingesehen werden.

Die Angebote sind bis **Mittwoch, den 3. April d. J.,** vormittags 11 Uhr, verschlossen und postfrei mit entsprechender Aufschrift versehen, daselbst einzureichen, wofür sie in Gegenwart der etwa erschienenen Bewerber eröffnet werden. 11.692.3.2

Zuschlagsfrist 14 Tage.  
Beginn der Arbeiten sofort nach Zuschlagserteilung.

### Geräteversteigerung am Mittwoch den 3. April d. J.

im Gerätemagazin (Eingang am Nürpurrer Eisenbahnübergang) **vormittags 9 Uhr** öffentlich gegen Barzahlung.

Verschiedene abgängige Geräte als: Abfackelbänke, Aufsteigtritte, Bänke, Bejen, Bürteln, Decken, Fahnen, Karren, Kisten, Kisten, Kübel, Lampen, Laternen, Ledertaschen, Lederfuttermale, Leitern, Matrizen, Mehlkasten, Pinsel, Stempelstöße, Holzstiele, Stühle, Schäfte, Tische, Überzüge, Uhren, Vorhänge, Wandleisten, Winden usw.; ferner um **11 Uhr** vormittags: 1 **Oliver-Schreibmaschine** samt Tisch. 11.644.2.1

Karlsruhe, 27. März 1912.  
**Großh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.**

### Südlich- Südwestdeutscher Güterverkehr.

Die Anverwendungsbedingungen des gemäß unserer Bekanntmachung vom 6. Febr. d. J. eingeführten Ausnahmetarifs 17 für Hohlglaswaren nach Mannheim Industriehofen erlassen mit Gültigkeit vom 1. Juni d. J. eine Einschränkung. 11.645

Näheres wird in unserem nächsten Tarifangeheer bekanntgegeben.

Karlsruhe, 27. März 1912.  
**Großh. Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen.**

### Südwestdeutscher Schweizerischer Güter- verkehr.

Zu dem den A. Z. Nr. 3 für Eisen usw. enthaltenden Tarifheft 11 (Nr. 748 k des Tarifverzeichnisses) ist mit Gültigkeit vom 15. April 1912 der VII. Nachtrag erschienen. Er enthält verschiedene Änderungen und Ergänzungen des Haupttarifs. Erhältlich zu 30 Pf. bei unserem Verkehrs-Bureau. 11.668

Karlsruhe, 27. März 1912.  
**Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen.**

### Güterverkehr der badisch-schweizerischen Übergangsstationen mit der Schweiz.

Am 1. Juli d. J. tritt der Tarif für die Beförderung von Eilgut sowie von Bier und Lebensmitteln in Eilfracht schweizerischer Bahn — Schweiz vom 1. März 1902 außer Kraft. Die darin enthaltenen Frachttarife für Basel Bad. Sib. und Waldshut werden durch Aufnahme von Frachttarifen für die Stationen der schweizerischen Bahn in die Gütertarife Basel Bad. Sib. — Schweiz und Waldshut usw. — Schweiz ersetzt; über die Höhe der neuen Frachttarife erteilt unser Verkehrs-Bureau am 1. Mai Auskunft. 11.659

Karlsruhe, 27. März 1912.  
**Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen.**